



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Am Grabe Thorbecke's.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

altbayerische Gemüth verabreichen. Solchen verschlungenen Mächten gegenüber kann, wie uns scheint, die Schule allein wenig ausrichten. Es gäbe nur einen einzigen Weg, auf dem sie es erreichte. Dieser liegt sehr nahe, aber daß bis jetzt noch Niemand daran gedacht hat, ihn zu betreten, ist aus der Arbeitsscheu und der angeborenen Trägheit aller, auch der Besseren und Einsichtigern leicht zu erklären. Die oberschlesische Volksschule kann natürlich nicht daran denken, die deutsche Sprache zu ihrem Unterrichtsmedium zu machen. Jeder solcher zwangsweise Versuch wäre ein Schandfleck für den specifisch humanen Geist unserer Nation und Sprache, außerdem auch völlig unpraktisch. Sie muß sich daher an die Volkssprache halten und diese denn auch für den etwaigen Unterricht im Deutschen zur Basis machen. Als Volkssprache gilt jetzt die polnische Schriftsprache, in ihr lehrt die Schule, sind die Schul- und kirchlichen Bücher verfaßt. Nun ist es eine jedem Linguisten und Ethnographen längst bekannte Thatsache, daß die oberschlesische slavische Sprache gar kein Zweig des Polnischen ist. Das Polnische hat sich nur gewaltsam und hinterlistig, wie in Galizien, Westpreußen, Litthauen, hier eingemischt und die Deutschen haben, gläubig und ehrlich wie immer, der Glattzüngigkeit der Polen getraut, die das Land nur von „Polen“ bewohnt ausgeben. Es müßte also zuerst, um dem Volke wirklich zum Unterricht in seiner Muttersprache zu verhelfen, dieß durch bloße freche Lüge eingedrungene Polenthum herausgeworfen und Schule und Kirche der Volkssprache zurückgegeben werden. Dann würden die Oberschlesier, die jetzt eine ihnen eigentlich fremde Sprache erst zu lernen haben, ehe sie das Lernen selbst anfangen, weit lieber in die Schule gehen. —

R.

## Am Grabe Thorbecke's.

Aus Holland, 6. Juni 1872.

Der Mann, der vorgestern im Haag verschieden ist, Prof. J. N. Thorbecke, trat mit dem Anfang des Jahres 1871 zum dritten Mal als Ministerpräsident seines Landes auf. Wenn wir sagen: Ministerpräsident, so müssen wir hinzufügen, daß häufig behauptet wird, in den Niederlanden kenne das Ministerium keinen Präsidenten, weil das Amt eines Vorsitzenden im Ministerath wechselt. Wie dem aber auch sei, Thorbecke war immer die Hauptperson und der Leiter seines Ministeriums. Man wird sich erinnern, daß seinem letzten Auftreten eine lange Krisis vorherging; die liberale Partei war gespalten und konnte außer Thorbecke keine Persönlichkeit aufstellen, die als

Nachfolger des Ministeriums Fock van Boffe auftreten konnte, und die anderen Parteien, die Conservativen, Ultramontanen und Antirevolutionäre, waren in zu großer Minderheit. Obgleich Thorbecke schon 72 Jahre alt und kränklich war, übernahm er die Regierung dennoch, wiewohl nach langem Zaudern, weil es eben kein andres Mittel gab, um aus der Krisis herauszukommen. Seit dem Jahre 1864 waren Anforderungen an die Regierung herangetreten, welchen keines der seitdem fungirenden Ministerien hatte genügen können: die Reorganisation der Armee- und Steuerverhältnisse, der Gerichts-Eintheilung, die Revision des Wahlsensus, die colonialen Angelegenheiten, der Universitäts-Unterricht; Alles sehr wichtige Probleme, deren Lösung mehr oder weniger dringend erforderlich war.

Beim Auftreten Thorbecke's erwartete man nun mit Recht, daß des langen Zweifels und der Unschlüssigkeit ein Ende sein würde. Leider ist man aber bei seinem Tode noch keinen Schritt weiter gekommen. Aber nicht dem Verstorbenen ist die Schuld daran beizumessen, sondern der Zersplitterung der liberalen Partei in der zweiten Kammer. Mag auch den alten Staatsmann die gewohnte Kraft hin und wieder verlassen haben, er hat seine Pflicht in vollem Maaße gethan.

Während der letzten Zeit des deutsch-französischen Krieges stand die Militärfrage im Vordergrund. Das Bestehende hatte sich als unzuverlässig, ungenügend und untauglich erwiesen gegenüber den Anforderungen der letzten Zeiten. Als Kriegsminister trat zuerst Oberst Booms, dann General Engelvoort und zuletzt General Delprat auf. Aber alle drei konnten das Vertrauen der Kammer nicht erhalten. Sie haben ihre Pläne zwar nie ganz klar dargelegt, aber es scheint, daß sie sich zu schwer von der alten Routine trennen konnten. Dazu waren verschiedene liberale Abgeordnete gegen große Ausgaben für die Landesvertheidigung gestimmt. Ob es am Ministerium oder an der Kammer gelegen hat, daß die Armee noch in keinem besseren Zustande ist, als sie im Herbst 1870 war, läßt sich schwer sagen.

Die Steuern sind mit wenig Ausnahmen Verbrauchssteuern, die naturgemäß sehr unregelmäßig und hauptsächlich auf den kleinen Bürgerstand drücken. Die Einführung eines andern Steuersystems war darum unerläßlich. Schon im Jahre 1863 war durch den Minister Bez durch Aufhebung der Gemeinde-Accisen dazu vorgearbeitet. Nun kam vor mehreren Wochen ein Gesetz-Entwurf in der zweiten Kammer zur Berathung, der auf ganz andern Principien beruhte, als die bisherige Steuergesetzgebung. Der Finanz-Minister, Herr Bluffé, beantragte eine Einkommensteuer, wogegen die Gewerbesteuer, die Fleisch- und Seife-Accise aufgehoben werden sollten. Die bestehende Gewerbesteuer ist ein Unding, das weiter nicht zu qualificiren ist; Abschaffung von Fleisch- und Seife-Accise ist immerhin sehr wünschenswerth im Interesse der

ärmeren Bevölkerung und der Volksernährung. Dagegen würden durch die Einkommensteuer auch gewisse Kategorien reicherer Einwohner, die bisher verhältnismäßig sehr wenig zahlten, auf einen annähernd ganz rationellen Steuersatz gebracht worden sein. Nun sollte man glauben — und man erwartete das auch mit einiger Gewißheit —, die liberale Kammermehrheit würde für die Regierungsvorlage stimmen, wenigstens das darin ausgesprochene Princip gutheißen. Das ist aber nicht geschehen. Die Majorität, das heißt die Alerikalen und die conservative Partei mit einer großen Anzahl liberaler Abgeordneter stimmten gegen eine Einkommensteuer, gleichviel in welcher Fassung. Die Generaldebatte dauerte zehn Tage lang, und nur wenige Mitglieder des Hauses haben sich darin nicht hören lassen. Ein ganz buntes Gemisch von Ansichten gab sich kund; es blieb nicht beim breiten Ausmessen der Mängel der Vorlage, sondern auch ganz eigenthümliche Meinungen wurden geäußert. Es herrschte vielfach der Glaube, der Steuerzahler müsse sich so einrichten können, daß er ein Minimum zu zahlen habe; es müsse in seinem Ermessen stehen, zu zahlen was er wolle, und nicht wozu er gezwungen würde! Die Einkommensteuer führe zum Socialismus, zur Commune! Sie greife ins Familienleben hinein. Sie drücke zu schwer auf den geringen Stand. Andere wieder sahen in der Einkommensteuer nicht die „vollkommene“ Steuer, deshalb wollten sie das Alte, bekanntermaßen sehr Schlechte bestehen lassen; sie konnten sich nicht dazu entschließen, das relativ Bessere zu nehmen.

Daß nun die Gegner des Ministeriums gegen die Vorlage stimmten, war keine unerwartete Erscheinung. Die liberale Partei aber, oder derjenige Theil derselben, welcher ebenfalls dagegen stimmte, hat einen großen Fehler begangen. Diese Herren, die selbst lebhaft auf eine Steuer-Reorganisation gedrungen hatten, und selbst dem Ministerium langes Zögern schuld gaben, verwarfen die Vorlage, ohne im Stande zu sein, einen andern, bessern Weg anzuweisen, auf welchem ihre Wünsche erreicht werden konnten. Selbst unfähig, etwas Gutes zu Stande zu bringen, durchkreuzten sie die Pläne Anderer, weil sie nicht das Vollkommene erreichten.

Ein Einwand wurde von allen Gegnern der Vorlage erhoben, nämlich der: die Einkommensteuer sei nicht populär, sei dem National-Charakter zuwider. Bei jeder Neuerung hört man denselben Einwand. Es ist wahr: der Holländer hält zähe an seinen alten Gewohnheiten; es wäre aber schlimm, und jeder Fortschritt wäre unmöglich, wenn an diesem Conservatismus jede Neuerung scheitern sollte. Bei der Einkommensteuer ist übrigens dieser Einwand auch ganz unwahr, denn nach dem Votum der Kammer und dem dadurch bedingten Rücktritt des Ministeriums kommen aus allen Orten des Landes, wo nicht gerade die Geistlichkeit terrorisirt, Kundgebungen zu Gunsten

der gefallenen Regierungsvorlage und als Ausdruck des Bedauerns über die Haltung der liberalen Partei. Diese letztere hat einen Schritt gethan, dessen Folgen sie gar nicht berechnet hat. Zwar erklärte sie wiederholt, daß sie den Rücktritt des Finanzministers Bluffé nicht wünsche — an einen Rücktritt des ganzen Ministeriums dachte sie gar nicht einmal in der Ueberzeugung, daß das Ministerium Thorbecke unentbehrlich war —, sie gab ihm aber thatsächlich ein deutliches Mißtrauens-Votum. Thorbecke hatte die Regierung angetreten mit der ausgesprochenen Absicht, eingreifende Aenderungen, wie sie von Volk und Kammer verlangt wurden, durchzuführen.

Sobald er seine Pläne zur Ausführung bringen wollte, begegnete er dem Widerstreben der Kammer. Was sollte er da anders thun, als abtreten? Eine Regierung, die ihr Programm fallen läßt, verliert jede moralische Stütze, und Thorbecke war nicht der Mann dazu, als Minister eine so precäre Stellung einzunehmen. Das Volk hatte in den letzten Jahren seine Hoffnungen auf Thorbecke gesetzt; wurde aber seine Thätigkeit durch die Kammer paralytirt, dann mußte er ihr die Verantwortlichkeit überlassen und sich zurückziehen. Hätte er sich zur Unthätigkeit zwingen lassen, so hätte er das in ihn gesetzte Vertrauen getäuscht.

Niemand war mehr über den Rücktritt des Ministeriums erstaunt, als die Kammer selbst. Sie machte einige Versuche, die Minister noch zur Verantwortung ihres Schrittes zu rufen; diese wehrten solches aber durch Schweigen ab. Es ist ein merkwürdiges Manöver, dem Ministerium seinen Rücktritt übel zu nehmen, nachdem man es dazu gezwungen hat. Es war nur der Versuch, die Schuld von den eignen Schultern auf diejenigen Anderer zu laden. Denn die Schuld der liberalen Partei besteht eben darin, daß sie sich zersplittert hat, daß sie durch unzureichend motivirte Opposition ein Ministerium ihrer eignen Partei stürzte, trotz der Gewißheit, daß sie selbst kein besseres und die andern Parteien gar kein Ministerium bilden konnten. Zudem hat sie jeder Regierung für die nächste Zeit die Luft und Möglichkeit benommen, den Weg der Reformen einzuschlagen, weil sie auf keine zuverlässige Majorität wird rechnen können.

So entstand denn wieder eine Krisis, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Zwar hatte das Ministerium sich bereit erklärt, die laufenden Geschäfte noch eine Zeit lang zu führen; da hat nun aber der Tod des Herrn Thorbecke die Lage noch bedenklicher gemacht.

Dieser Mann, J. R. Thorbecke, gehörte jedenfalls zu den bedeutendsten Staatsmännern der Gegenwart. In den Niederlanden liegt der Schwerpunkt der Politik im Ministerium des Innern, und in seiner Thätigkeit auf diesem Posten besteht das große Verdienst Thorbecke's. Er war im Jahre 1798 in

Zwolle geboren, studirte in Amsterdam und Leiden, ging dann einige Jahre nach Deutschland und wurde nach seiner Rückkehr ins Vaterland 1825 zum Professor der Rechtswissenschaften in Gent ernannt. Von dort kam er während der belgischen Revolution als Professor nach Leiden. Als solcher gewann er großen Ruf, besonders durch Verbreitung liberaler staatswissenschaftlicher Ideen, weshalb man ihn denn auch als den Stifter der spätern liberalen Partei bezeichnet. In den Jahren 1840 bis 1846 war er Mitglied der zweiten Kammer und reichte als solches mit noch einigen Gesinnungsgenossen einen Entwurf zur Revision der Constitution ein. Derselbe fand jedoch nicht genügenden Beifall, und Thorbecke verlor seinen Sitz in der Kammer. Im Jahre 1848 trat aber eine Veränderung der Umstände ein, da König Wilhelm II. selbst zur Verfassungs-Revision überging und eine Commission für diesen Zweck ernannt wurde. Thorbecke wurde Vorsitzender derselben und schließlich der Urheber des später durch die vereinigte erste und zweite Kammer angenommenen Grundgesetzes, welches noch unverändert besteht, und an welches die Niederländer, als ihr Heiligthum, nicht zu rühren wagen.

Von 1849 bis 1853 war Thorbecke Minister des Innern, wo ihm die Aufgabe wurde, die aus dem Grundgesetz resultirenden weitem organischen Gesetze auszuführen. Manches hat er auch in dieser Beziehung gethan, Vieles ist ihm aber auch nicht gelungen, weil zu jener Zeit conservative Strömungen zu stark wurden, und dann wieder, eben wie jetzt, die liberale Partei uneinig war. Seinen Fall im Jahre 1853 verdankt er der religiösen sogenannten „Aprilbewegung.“ Thorbecke hatte, in Folge der im Grundgesetz ausgesprochenen Trennung zwischen Kirche und Staat, dem römischen Stuhl die Creirung von fünf Bischofsstühlen erlaubt. Dagegen mußten die Conservativen die alten calvinistischen Tendenzen im Volk wieder wachzurufen. Thorbecke mußte vor diesem Drange weichen, obgleich die Agitation ohne weiteren Erfolg blieb. In den Jahren 1862—64, und jetzt wieder, seit dem Anfang des Jahres 1871 war er Minister, bis er im Dienste seines Vaterlandes gestorben ist. Die Trauer über diesen Verlust ist groß im ganzen Lande. Der Mann stand in hoher Achtung bei Freund und Feind, nicht allein wegen seiner Rechtschaffenheit und seiner Gerechtigkeitsliebe, sondern auch wegen seiner unbestrittenen großen staatsmännischen Talente. Ihm verdanken die Niederlande die bedeutendsten Schöpfungen auf dem Gebiet des Fortschrittes. Wer wird nach ihm die Zügel der Regierung wieder so zu führen verstehen, daß, trotz des Haders der Parteien, das Staatsschiff weiter zu steuern vermag? Denn nur unter Thorbecke's Regierung war merkbarer Fortschritt zu spüren, und unter andern Ministerien mußte man häufig an vollkommenen Stillstand glauben. Keine der Parteien in der Kammer kann augenblicklich eine Mehrheit bilden, keine ist deshalb regierungsfähig. Was aber dann? Das ist die

Frage Aller; die Antwort bleibt inzwischen aus. Sollte der liberal-conservative Herr van Rheenen, der zu einer Besprechung zum Könige berufen ist, Hülfe schaffen? Schwerlich ist von dieser Seite ein Ausweg zu finden.

## Bazaine's schwerste Schuld.

Aus Versailles.

Im Schlosse zu Versailles, in einem der großen Säle, welche die Heldenthaten des zweiten Kaiserreichs zu verherrlichen bestimmt sind, verewigt ein mächtiges Bild den Einzug des Marschalls Bazaine in die überwundene mexikanische Hauptstadt. Das Bild ist merkwürdig charakteristisch. Nichts von der Farbenpracht, dem Pulverdampf und dem theatralischen Glanz der übrigen großen Tableaux, welche den Malakoff und Magenta, und zwanzig andere Schlachtfelder feiern. Ein dumpfer blaugrauer lichtloser Ton liegt über dem Ganzen. Im Zwiellicht des Frühmorgens gleiten die schattenhaften Gestalten der Sieger durch die schattenhaften Straßen, und eine Schaar dunkler Ehrenmänner, die Deputation der berufenen „Notabeln“, überreicht die Schlüssel der Stadt. Von dem fürstlichen Helden aber, der das blutige Schattenspiel, das hier gemalt ist, für Ernst nahm, und sich wohlmeinend und tapfer um seine Krone wehrte, bis zum Sandhaufen von Queretaro, — diesen Fürsten, der zur Rettung von Frankreichs Ehre auf den Thron von Mexico erhoben ward, führt keines der Bilder vor, welche à toutes les gloires de la France bestimmt sind. In einem dunkeln Gefühl von Anstand, ohne Zweifel, hat man ihn, den gewissenlos Preisgegebenen und Gemordeten, durch französische Pinsel nicht zur Schau stellen wollen.

In wenigen Tagen sind fünf Jahre verflossen seit dem Todestage Kaiser Maximilians. Und der Mann, der wie kein Anderer außer seinem damaligen Herrn diesen tragischen Ausgang des mexikanischen Kaiserreichs auf dem Gewissen hat, der Marschall Bazaine ist heut der Gefangene seiner eigenen Nation, angeklagt des Verrathes an dem eigenen Lande. In dieser Beziehung halten wir ihn, hält ihn jeder Unparteiische nicht schuldig. Auch in Mex mag er ehrgeizige politische Sonderzwecke geplant haben, aber die Uebergabe der Stadt, die ihm die Anklage auf Verrath zuzog, war bittere Nothwendigkeit. Wohl aber wägt schon jetzt die öffentliche Meinung Frankreichs und des Auslandes in der Waage seiner Schuld auch seine Vergangenheit. Und da mag es wohl sein, daß der wirkliche Treubruch und die wirkliche Schande, die er jenseit des Oceans auf sein Haupt geladen, sich niederziehend an die Gewichte heftet, die der Eigendünkel der Franzosen ihm verderblich in die Waage wirft.